



Keupers

kritischer

Kommentar

07-01-2017

Juli 2017

Nicht Vollbeschäftigung alleine, ----- sondern auch faire Löhne sind erforderlich!

Fast jeder zehnte Berufstätige ist armutsgefährdet, zu diesem Ergebnis kommt eine Studie zur Armutsgefährdung von Erwerbstätigen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, wobei ein Einkommen von zurzeit 869 Euro pro Monat für einen Single, das sind 60 Prozent des mittleren Einkommens in Deutschland, als armutsgefährdet gilt. Gemäß der Studie waren 2004 rund 2 Millionen Erwerbstätige zwischen 18 und 64 Jahre davon betroffen, 10 Jahre später waren es doppelt so viele, ein Zeichen dafür, dass in Deutschland die von der CDU gepriesene Vollbeschäftigung nicht für alle mehr Wohlstand und Lebensqualität bedeutet.

Wenn der Statistik nach, bei etwa 60 Prozent der Werkstätigen das Einkommen gegenüber 1995 erheblich gestiegen sein soll, dabei in der Regel meist immer noch geringer als das allgemeine gesamtwirtschaftliche Wachstum, dann kann man nicht unbedingt davon ausgehen, dass es allen hart arbeitenden Menschen in Deutschland so gut geht, wie man es immer wieder in den Medien uns weismachen will. Denn für die restlichen 40 Prozent der Werkstätigen muss man feststellen, dass deren Einkommen sich gegenüber 1995 real zum Teil beträchtlich vermindert hat, manchmal bis zu 15 oder 20 Prozent.

Unsere Sozial- und Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) stellt dazu auf einer Arbeitstagung mit Vertretern der Arbeitgeber und Gewerkschaften, den Kirchen, den Sozialverbänden und den Wissenschaften fest: „**Das kann so nicht bleiben!**“ Verantwortlich für diese Spreizung in der Lohnentwicklung sind neben anderen Aspekten, der dramatische Rückgang bei der Tarifbindung. „Aber auch der hohe Anteil von prekären Arbeitsverhältnissen für Teilzeit- oder befristet Beschäftigte führt dazu, dass die Einkommen mit dem Wirtschaftswachstum nicht annähernd mithalten können“, so die Arbeitsministerin.

Nahles will einen Pakt für anständige Löhne.

Beschäftigte im Niedriglohnbereich sollen künftig besser verdienen. Die Sozialpartner waren bei der zuvor erwähnten Arbeitstagung mit der Ministerin sich generell darüber einig, nur über den richtigen Weg dorthin war man sich uneinig. Von der Politik und den Gewerkschaften wurde besonders der dramatische Rückgang der Tarifbindung bemängelt. Nur noch 19 Millionen Arbeitnehmer bekommen ihre Entlohnung auf Grund tariflicher Vereinbarungen. Während es in Westdeutschland noch knapp 60 Prozent der Arbeitnehmer sind, sind es in Ostdeutschland in manchen Bereichen nur noch 34 Prozent. Schon lange sind die sogenannten OT-Mitgliedschaften, bei denen Unternehmen zwar einen Arbeitgeberverband angehören, sich aber nicht der Tarifbindung unterwerfen, zwischen den Sozialpartnern umstritten. Während die Arbeitnehmerseite eine fortschreitende Tarifierosion beklagt, hält die Arbeitgeberseite eine mehr betrieblich bezogene Tariffindung für erforderlich. Fest steht, die sich „tariforientierte Unternehmen“ bezeichnenden Betriebe entlohnen im Schnitt um rund 25 Prozent unterhalb

der tariflichen Bindung ihrer Branche. Hier muss sich nach Ansicht von Andrea Nahles etwas verändern. Falls erforderlich muss von der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Seiten des Gesetzgebers mehr Gebrauch gemacht werden, notfalls auch ohne Zustimmung der jeweiligen einzelnen Tarifpartner.

Faire Löhne und langfristige Arbeitsverhältnisse sind in unserer „blühenden“ Republik die wichtigste Forderung für mehr soziale Gerechtigkeit. Wir müssen nicht nur den arbeitenden Menschen in den schlecht bezahlten prekären Beschäftigungen signalisieren, wie wir ihre Situation verbessern wollen, verbessern müssen, sondern auch denen noch ausreichend Bezahlten in der unteren Mittelschicht, die immer öfters Angst haben ungewollt ins Prekariat abzustürzen kundtun, dass wir Vorkehrungen treffen werden, ihren Wohlstand, ihre Lebensqualität zu sichern.

Auch die Arbeitswelt der Zukunft gehört in den Fokus.

Dabei dürfen wir nicht nur die heutige Situation im Auge behalten, sondern müssen auch die zukünftigen Entwicklungen, die Entwicklungen durch eine digitale Revolution, die Entwicklungen durch die „Arbeit 4.0“ beachten. Denn diese werden unsere Arbeitswelt, die Einkommensmöglichkeiten der arbeitenden Menschen wesentlich verändern. Unsere Arbeitsministerin Andrea Nahles hat mit den Veröffentlichungen in Form eines Grün- und eines Weißbuches teilweise darauf hingewiesen. Sie erläuterte, dass die Arbeitswelt „Arbeit 4.0“ eine stetige (berufliche) Weiterbildung erfordert und wir uns auf diese Weiterbildungsexpansion einstellen müssen. Junge Menschen, die heute einen Beruf erlernen, werden aller Voraussicht nach, diesen bei den Eintritt ins Rentenalter nicht mehr ausüben. Was heute beruflich „in“ ist, wird morgen vielleicht schon längst „out“ sein!

Persönliches Engagement im Berufsleben wird gefragt, aber auch ein persönliches Engagement bei dem Einsatz für die Gesellschaft, für die Demokratie wird erforderlich sein, um wirtschaftlichen Aufstieg und soziales Miteinander auch unter schwierigeren Umständen zu ermöglichen. Deswegen plant Andrea Nahles ein persönliches Erwerbstätigenkonto mit einem Guthaben von etwa 20.000 Euro beim Start ins Arbeitsleben. „Jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer bekommt so ein Startguthaben“ sagte Andrea Nahles bei einer OECD-Konferenz in Berlin. Mit diesem Konto sollen Aufwendungen oder Ausfälle bei zusätzlicher beruflicher Qualifizierung, Existenzgründung oder aber auch außergewöhnliche ehrenamtliche Tätigkeiten kompensiert werden können. Gemäß dem Weißbuch Arbeit 4.0 sollen diese Gelder als „Sozialerbe“ auch die Chancen schlechter gestellter junger Menschen verbessern, die kein Studium „genossen“, keine, teilweise aus Steuermitteln unterstützte „universitäre Ausbildung haben.

Andrea Nahles hat in den letzten Jahren, nicht nur als Arbeits- und Sozialministerin wiederholt arbeitspolitische Themen angesprochen, wenn sie auch öfters in der Regierungskoalition keine Unterstützung fand, wie beim letzten Reichtums- und Armutsbericht. Sie ist die Unterstützerin für Martin Schulz's Engagement für mehr soziale Gerechtigkeit. Und als die Spitzenkandidatin der SPD von Rheinland-Pfalz wird sie für Martin Schulz und für die Sozialdemokratie ein wichtiger Baustein für den Erfolg bei der Bundestagswahl sein!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 10. Juli 2017

Heinrich Keuper